

DIE SPD-LANDTAGSFRAKTION INFORMIERT

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit der neuen Wahlperiode des Landtags hat sich auch der Arbeitskreis Kultus der SPD-Landtagsfraktion neu gegründet. Lothar Quanz, Brigitte Hofmeyer und Uwe Frankenberger hatten nicht erneut für den Hessischen Landtag kandidiert. Ihnen gebührt mein Dank für ihre jahrelange engagierte Tätigkeit, nicht nur im bildungspolitischen Bereich. Der Arbeitskreis besteht in der 20. Wahlperiode nun aus fünf Mitgliedern. Neu dabei ist Manuela Strube aus dem Landkreis Kassel. Eine ausführliche Darstellung des Arbeitskreises folgt auf den nächsten Seiten.

In dieser Ausgabe finden Sie zusätzlich zur gewohnten Übersicht über unsere jüngsten parlamentarischen Initiativen unsere Kommentierung des schwarz-grünen Koalitionsvertrags. Besonders stolz ist man auf Seiten der Koalitionäre wohl auf die Ankündigung, „Schreiben nach Gehör“ gänzlich abzuschaffen. Der Ministerpräsident griff diesen Aspekt sogar in seiner Regierungserklärung im Februar auf, dabei behauptete der Kultusminister noch vor eineinhalb Jahren, dass man diese Methode an den Schulen gar nicht anwende.

Unsere Aufgabe als stärkste Oppositionsfraktion sehen wir darin, so manche populistische Forderung als solche zu demaskieren, neue Konzepte und Ideen zu entwickeln und gleichzeitig die Regierung kritisch-konstruktiv zu begleiten. So freuen wir uns, dass eine unserer langjährigen Forderungen aufgegriffen wurde: In Hessen sollen sich 50 Grund- und weiterführende Schulen pro Jahr zu echten Ganztagschulen entwickeln können.

Trotzdem: Unterm Strich bleiben die alten Probleme die neuen. Erst vor wenigen Tagen erreichte uns die Nachricht, dass es an einer Förderschule im Kreis Offenbach aufgrund des Lehrermangels zu massivem Unterrichtsausfall kommt. Solange Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Überlastungsanzeigen weiter gezeugnet und als Einzelfälle deklariert werden, verbessert sich nichts.

Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihr Interesse an unserer Arbeit bedanken und wünsche Ihnen eine angenehme und informative Lektüre. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

INHALTSÜBERSICHT

DER NEUE ARBEITSKREIS KULTUS	2	LEHRKRÄFTE	7
KOALITIONSVERTRAG 2019-2025 IM ÜBERBLICK	3	Disziplinarverfahren	
SCHWERPUNKTTHEMEN IM PLENUM	4	Reisekosten von Lehrkräften	
Digitalpakt		Qualifizierung befristet eingestellter Lehrkräfte	
Umgang mit DITIB		Lehrkräfte mit Fluchtgeschichte	
FridaysForFuture		INTEGRATION	8
PÄDAGOGISCH SELBSTSTÄNDIGE SCHULEN	5	Förderstruktur der Hausaufgabenhilfe	
Verzicht auf Noten		INKLUSION	9
GANZTAGSSCHULAUSSBAU	5	Inklusive Schulbündnisse	
Nachholbedarf beim Ganztagsausbau		Konnexitätsausgleich	
GRUNDSCHULEN	6	INTERVIEW MIT MANUELA STRUBE	10
„Schreiben nach Gehör“		IM GESPRÄCH MIT...	11

Der neue Arbeitskreis Kultus

Christoph Degen

*Arbeitskreisvorsitzender /
Bildungspolitischer Sprecher*



Im Landtag 2008/
erneut seit 2014
Main-Kinzig-Kreis
Beruf: Förderschullehrer

Schwerpunkte im AK: Förderschulen, Schulen in freier Trägerschaft, Vernetzung Bund/Bundesländer, Ganztags, Inklusion, politische sowie kulturelle Bildung, Lehrkräfte, Haushalt

Weitere Ausschüsse: Ausschuss für Wissenschaft und Kunst; Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

Karin Hartmann

Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses



Im Landtag 1995-2008/
erneut seit 2014
Kreis Bergstraße
Beruf: Diplom-Soziologin

Schwerpunkte im AK: Sek.I, Schulsport, kommunale Bildung (Schülerbeförderung, Schulbau etc.), politische Bildung, Schulsozialarbeit

Weitere Ausschüsse: Innenausschuss

Manuela Strube

Im Landtag seit 2017
Landkreis Kassel
Beruf: Fachangestellte für Arbeitsförderung



Schwerpunkte im AK: Grundschulen, Selbstständige Schulen, Berufliche Schulen u. berufliche Bildung, Frühkindliche Bildung

Weitere Ausschüsse: Petitionsausschuss (Vorsitzende)

Kerstin Geis

*stellv.
Arbeitskreisvorsitzende*



Im Landtag seit 2014
Kreis Groß-Gerau
Beruf: Verwaltungsangestellte

Schwerpunkte im AK: Sek. II, Weiterbildung, Digitalisierung/digitales Lernen, neue Verwaltungssteuerung

Weitere Ausschüsse: Haushaltsausschuss, Unterausschusses für Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung (Vorsitzende); Mitglied im Landeskuratorium für Weiterbildung

Turgut Yüksel

*Integrationspolitischer
Sprecher*



Im Landtag 2008/
erneut seit 2014
Frankfurt
Beruf: Diplom-Soziologe, Volkswirtschaftler

Schwerpunkte im AK: Internationale Bildungsangelegenheiten, außerschulische u. politische Bildungsarbeit, Integration, herkunftsprachlicher Unterricht

Weitere Ausschüsse: Unterausschuss für Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Wiedergutmachung (Vorsitzender)

KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Koalitionsvertrag 2019-2024 im Überblick

„Wir antworten auf die drängenden Fragen der Zeit – Bildung verlässlich gestalten“ lautet der Titel des rund 20-seitigen Bildungsteils des Koalitionsvertrags für die kommenden fünf Jahre. Im Großen und Ganzen überraschen die Vorhaben von Schwarz-Grün nicht. Die Landesregierung rühmt sich mit Zahlen aus der vergangenen Legislaturperioden und will hauptsächlich Bestehendes „verstetigen“, „fortführen“, „prüfen“ und „ausbauen“.

Viele der schwerwiegendsten Kritikpunkte des Wahlkampfes werden gemieden oder unkonkret behandelt, u.a.:

- Kein Wort zum **Unterrichtsausfall**, Festhalten an der 105-Prozentigen Lehrerversorgung
- Nur wenige konkrete Vorschläge zur **Verbesserung der Fort- und Weiterbildung**

Tatsächlich gibt es auch kleine Lichtblicke. Nicht zuletzt dort, wo sich die Landesregierung einige unserer Forderungen zu eigen gemacht hat. - Die Erfahrung der letzten Legislaturperiode zeigt aber: Lange nicht jede große Ankündigung im Koalitionsvertrag wird auch Realität.



Abgeschrieben - Von uns übernommene For- derungen

(In keinem Wahlprogramm der an der Regierung beteiligten Fraktionen.)

Stipendien für Mangelfächer

Diese SPD-Forderung sieht vor, durch Stipendien speziell für Mangelfächer das Interesse an bestimmten Fächern und Fachrichtungen zu steigern und den Lehrkräftemangel somit langfristig mit qualifizierten Kräften zu beheben.

50 echte Ganztagschulen pro Jahr schaffen

Bislang ließ der Ganztagsausbau in Hessen sehr zu wünschen übrig. Der geplante „Pakt für den Ganztag“ soll die bestehenden Ganztagsmodelle zusammenführen und Gebührenfreiheit bis 14:30 Uhr gewährleisten. Dies wäre ein richtiger Schritt in Richtung der 50 echten Ganztagschulen (pro Jahr), wie wir sie fordern.



Große Ankündigungen

Bildungssprache Deutsch stärken

Das steckt dahinter: Die Koalitionsfraktionen sehen die Erweiterung der Stundentafel in der Grundschule um eine Stunde Deutsch pro Woche vor. - Eine Stunde Deutsch kann das Problem aus unserer Sicht alleine nicht lösen. Zudem bleibt unklar, woher die Lehrkräfte kommen sollen.

Schreiben nach Gehör abschaffen

Das steckt dahinter: Auch dies ist eine der Vorhaben zur Deutschförderung. Interessant ist, dass der Kultusminister noch 2017 betont hat, diese Methode würde an Hessens Schulen nicht angewendet. - Die Koalition wirbt damit, etwas abzuschaffen, das es nach eigener Aussage gar nicht gibt.

Mehr Infos finden Sie [hier](#).

Ziffernnoten abschaffen

Das steckt dahinter: Die herkömmlichen Noten sollen an pädagogisch selbstständigen Schulen durch schriftliche Beurteilungen ersetzt werden können. - Wir würden diese Möglichkeit begrüßen, doch unsere Kleine Anfrage zeigt: Konkrete Pläne gibt es nicht!

Mehr Infos finden Sie [hier](#).

Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes

Das steckt dahinter: Ein neues Lehrerbildungsgesetz soll auf den Weg gebracht werden, das auf die wachsenden Herausforderungen an Lehrkräfte eingeht. - Das stand bereits im letzten Koalitionsvertrags. Auf die Umsetzung wartet man vergeblich. - Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

Attraktivität des Lehrberufs steigern

Das steckt dahinter: Mit einem Hessischen Lehrpreis will man Anreize für Lehrkräfte schaffen. - Viel wichtiger wäre es, Lehrkräfte nachhaltig zu entlasten und alle Lehrämter angemessen zu bezahlen.

„Wir sehen die Debatte um eine einheitliche Eingangsbesoldung für alle Lehrerinnen und Lehrer nach A13. Angesichts der Kosten ist eine zeitnahe Realisierung nicht oder nur zu Lasten anderer Projekte möglich.“ (KOA-Vertrag, S.84)

Schwerpunkte im Plenum

Weg frei für den Digitalpakt

Als SPD-Fraktion begrüßen wir die Einigung über die Grundgesetzänderung, die den Weg für den Digitalpakt frei macht. Der Fraktionsvorsitzende der SPD warnte jedoch vor Zweckentfremdung der Gelder. Die rund 375 Millionen Euro, die der Bund dem Land Hessen zur Verfügung stellt, werden alleine nicht ausreichen.

Zur [Pressemitteilung](#) „Schäfer-Gümbel begrüßt Einigung zwischen Bund und Ländern“

Wir brauchen einen Masterplan Digitalisierung

Dass digitale Infrastruktur nur ein Bestandteil der Digitalisierung sein kann, steht für uns außer Frage. Als SPD legen wir deshalb viel Wert auf entsprechende Aus- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte. Die schwarz-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren versäumt, die notwendigen infrastrukturellen, aber auch personel-

len und konzeptionellen Grundsteine zu legen. Mit ihrer Nachlässigkeit riskiert sie die digitale Spaltung zukünftiger Generationen. Es braucht dringend einen Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht, Unterrichtsdidaktik und ein Landesmedienkonzept.

Vom Digital- und Kultusministerium erwarten wir nun eine Präsentation darüber, wie sie sich die Umsetzung des Digitalpakts in Hessen vorstellen. Darüber hinaus streben wir eine Anhörung der schulischen Akteure und Verbände im Landtag an, um Vorschläge mit allen Beteiligten zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zum [Antrag](#) Anhörung zur Umsetzung des Digitalpakts Schule in Hessen



Bijan Kaffenberger ist stellv. digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er gehört u.a. dem Ausschuss für Digitales u. Datenschutz an.

Umgang mit DITIB-Hessen - Mehr Transparenz seitens des Kultusministeriums

„Wir erwarten die ergebnisoffene Prüfung und eine transparente Entscheidung des Kultusministers. Dafür wird es hilfreich sein, miteinander statt übereinander zu reden“, forderte unser religionspolitischer Sprecher Frank-Tilo Becher in einer Debatte über die Beendigung der Zusammenarbeit des Landes Hessen mit dem türkischen Moscheenverband DITIB. Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht soll unserer Auffassung nach für alle Glaubensrichtungen angeboten werden, die an Schulen in ausreichender Zahl vertreten sind, darunter auch der konfessionelle Islamunterricht. Die entstandenen Zweifel an der Unabhängigkeit des Verbands von der Türkei sind selbstverständlich ernst zu nehmen.

Kooperation nicht leichtfertig aufs Spiel setzen

Das Kultusministerium hat DITIB-Hessen eine Frist bis Ende April diesen Jahres gesetzt, um die noch ausstehenden Antworten zu liefern. Staatssekretär Lösel stellte im Kulturpolitischen Ausschuss klar, dass mit einer Entscheidung des Kultusministeriums nicht vor Herbst zu rechnen sei. „Wir bauen darauf, dass DITIB-Hessen die noch ausstehenden Veränderungen vornimmt“, so Becher.

Zur [Pressemitteilung](#) „Zusammenarbeit ergebnisoffen prüfen – Erreichtes nicht leichtfertig aufs Spiel setzen“



Frank-Tilo Becher ist religionspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er gehört dem sozial- und integrationspolitischen Ausschuss an.

FridaysforFuture - Schülerdemos können gelebter Politikunterricht sein

Im ersten regulären Plenum der 20. Legislaturperiode diskutierte der Landtag im Rahmen einer aktuellen Stunde über einen Antrag zu Schülerdemos während der Unterrichtszeit. Hintergrund waren die durch die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg ins Leben gerufene „FridaysForFuture“-Bewegung für den Klimaschutz.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, unterstützt das Engagement. „Schülerdemos können gelebter Politikunterricht sein“, so der ehemalige Lehrer für Politik und Wirtschaft. Wer im Zusammenhang der Schülerdemonstrationen pauschal von Schulschwänzern oder gar von „Kinderkreuzzügen“ rede, habe ein

merkwürdiges Demokratieverständnis. Im Gegenteil: Es sei bemerkenswert, dass Schülerinnen und Schüler Fehlstunden in Kauf nehmen, um sich Zukunftsthemen zu widmen.

Zu unserer [Pressemitteilung](#) „Schülerdemos sind gelebter Politikunterricht“

Zum [Video](#) der Rede von Christoph Degen im Plenum

Pädagogisch selbstständige Schulen

Verzicht auf Noten

Im Koalitionsvertrag kündigt Schwarz-Grün groß an, den Verzicht auf Noten durch alternative Bewertungssysteme zu ermöglichen. Unsere Kleine Anfrage zu diesem Thema liefert wenig neue Erkenntnisse. „Hinter der nicht ganz neuen Idee, pauschale Ziffernnoten durch schriftliche Beurteilungen zu ergänzen oder zu ersetzen, steckt ganz viel heiße Luft. Die Möglichkeit, auf Noten zu verzichten, soll zunächst einmal nur für pädagogisch selbstständige Schulen gelten, die es allerdings erst in frühestens eineinhalb Jahren geben wird“, so Degen.



Maximal 150 Schulen (und nur 30 neue pro Jahr) sollen dann diese Art der pädagogischen Selbstständigkeit insgesamt wahrnehmen können.

Auf konkrete Fragen zu Gesetzesänderungen, Evaluation und Fortbildung für Lehrkräfte weiß die Landesregierung noch keine Antwort. „Schulen und Lehrkräfte werden einmal mehr die Leidtragenden sein und müssen sehr geduldig sein, ehe die Landesregierung sie mit einem Konzept beglücken wird“, kritisierte Degen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) Verzicht auf Noten

Ganztagsschulausbau

Nachholbedarf beim Ganztagsschulausbau

Der Ganztagsschulausbau geht in Hessen weiterhin nur sehr langsam voran. – Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage hervor, in der wir den aktuellen Sachstand zum Schuljahr 2018/19 abfragten. Noch immer sind 517 allgemeinbildende Grundschulen weder in einem Ganztagsprofil, noch im Pakt für den Nachmittag.

Hohe Gebühren beim „Pakt“

Laut Landesregierung fallen beim „Pakt für den Nachmittag“ für Eltern monatlich Gebühren von **bis zu 170 Euro** (pro Kind) zuzüglich der Kosten für das Mittagessen an. Insbesondere für Familien mit mehreren Kindern sind

solche Summen keine Kleinigkeit. Teilweise ist auch der Zeitraum bis 14:30 Uhr nicht vollständig gebührenfrei. Degen sieht darin einen Widerspruch zur Chancengleichheit: „Gute, ganztägige und gebührenfreie Bildung, wie sie auch unsere Verfassung vorsieht, darf nicht zu Lasten von Eltern gehen, sondern muss vom Land ausreichend finanziert werden“, fordert er. Der Pakt braucht dringend gemeinsame Standards, um Qualität zu sichern und den Ausbau schnell voranzutreiben. Die Landesregierung muss dabei Schulen und Schulträger entsprechend unterstützen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) Ganztätig arbeitende Schulen zum Schuljahr 2018/19

Vermeintliche „Schreibanarchie“ an hessischen Grundschulen

In den vergangenen Monaten war immer wieder vom sog. „Schreibstreit“ oder von „Schreibanarchie“ die Rede. Während unser Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz detailliert Auskunft über die Anwendung von Schreibschrift in der Grundschule geben konnte, war das Kultusministerium in Hessen laut Pressebericht nicht dazu in der Lage.

Kultusministerium hat den Überblick verloren

Das bestätigt auch unsere Kleine Anfrage. „Minister Ahnungslos“ verweist hier auf den mit der Erfassung verbundenen bürokratischen Aufwand.

Uns stellt sich hier die Frage: Wie will man anders sicher gehen, dass einheitliche Bedingungen herrschen und jedes Kind Schreibschrift in der Grundschule erlernt? - Nicht alles ist mit Bürokratie zu entschuldigen.

Zu unserer **Kleinen Anfrage** Erlernen der Schreibschrift an hessischen Grundschulen

„Schreiben nach Gehör“

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM ZWEITEN FEBRUAR-PLENUM

Frage des Abg. Degen:

„An wie vielen hessischen Schulen wird nach der Methode „Schreiben nach Gehör“, die der Ministerpräsident gemäß seiner Regierungserklärung vom 6. Februar 2019 abschaffen möchte, unterrichtet?“

Antwort der Landesregierung:

„Zum Erlernen der Rechtschreibung gehören insbesondere eine systematische Anleitung, eine aufeinander aufbauende Struktur, die Kenntnis der Rechtschreibregeln, das Verständnis für Rechtschreibphänomene sowie das regelmäßige Einüben des Gelernten. [...] Ich habe das bereits im April des vergangenen Jahres in einem Brief an alle Grundschullehrkräfte betont. Wir werden darauf erneut einen Schwerpunkt legen. [...] Eines darf nicht falsch verstanden werden: „Lesen durch Schreiben“ bzw. „Schreiben nach Gehör“ ist keine Methode, die als Rechtschreiblehrgang geeignet ist. Deswegen stellt der Koalitionsvertrag an dieser Stelle klar, dass diese Methode nicht für das Erlernen der Orthografie eingesetzt werden darf. [...] Wir setzen beim Rechtschreiblehrgang auf ein Bündel von Maßnahmen [...].“

Zusatzfrage des Abg. Degen:

„Vielen Dank für den Vortrag. – Vor dem Hintergrund, dass Sie auf meine Frage, an wie vielen Schulen das wirklich unterrichtet wird, nicht eingegangen sind, möchte ich fragen:

Gilt denn Ihre Aussage aus Ihrer Pressemitteilung vom 8. Mai 2017 noch, in der Sie wortwörtlich sagen: „Schreiben nach Gehör“ ist Unsinn! Aber genau das passiert auch nicht. Es gibt keine Rechtschreib-Anarchie in hessischen Grundschulen. Gilt diese Aussage noch, Herr Kultusminister?“

Antwort der Landesregierung:

„Es gibt keine Berichtspflicht der Schulen an das Kultusministerium darüber, welche Methode oder welchen Rechtschreiblehrgang sie genau einsetzen. Deswegen arbeiten wir mit solchen Dingen wie einem klarstellenden Brief. [...] Sie wissen aber genauso wie ich, dass das sogenannte „Schreiben nach Gehör“ permanent durch die Medienlandschaft geistert. Deswegen auch das klare Statement von mir, das Sie eben zitiert haben – auch damals schon verbunden mit der Einladung an alle, mich darauf aufmerksam zu machen, wenn sie der Ansicht sind, dass an einer hessischen Grundschule nach dieser Methode unterrichtet wird. Da kamen auch einige Anzeigen dieser Art zurück – es waren relativ wenige –, denen wir im Einzelnen nachgegangen sind. Wir haben aber keinen Fall gefunden, wo diese Methode in ihrer Reinform, also als Rechtschreiblehrgang, praktiziert worden wäre.“

Letzte Zusatzfrage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass der Ministerpräsident vollmundig erklärt, etwas abschaffen zu wollen, von dem sein Fachminister gar nicht weiß, ob es überhaupt an hessischen Schulen praktiziert wird?“

Antwort der Landesregierung:

„Ich glaube, es trägt zur Klarheit bei, wenn wir unseren Schulen bestimmte Leitlinien an die Hand geben. Das war übrigens auch der Sinn meiner ursprünglichen Antwort auf Ihre Frage, als ich Ihnen das ganze Maßnahmenbündel dargestellt habe [...]. Dieses Maßnahmenbündel wird zur Folge haben, dass wir von einer Methode „Schreiben nach Gehör“ nicht mehr reden werden. [...]“

Zu unserem **Antrag** „Rechtschreibanarchie in hessischen Grundschulen“

Laufende Disziplinarverfahren – Lehrkräfte haben Anspruch auf Wiederaufnahme

Noch immer ist über rund **4200 Disziplinarverfahren** gegen Lehrkräfte, die nach einem Streik 2015 eingeleitet worden wurden, nicht entschieden. Die Verfahren sind derzeit aufgrund laufender Verfahren am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte noch ausgesetzt. Sie werden erst nach Abschluss fortgeführt, insofern die betroffene Lehrkraft die Wiederaufnahme nicht vorher beantragt. Diese Möglichkeit steht allen Lehrerinnen und Lehrern offen, so die Antwort des Kultusministers. Die zeitnahe Beendigung der Disziplinarverfahren würde aus unserer Sicht nicht nur Klarheit für die Betroffenen

schaffen, sondern auch die verursachte **Mehrbelastung** für die zuständigen Schulämter beenden. Doch das Kultusministerium zeigt sich nachlässig. Wie aus unserer **Kleine Anfrage** hervorgeht, hat man dort nicht einmal genau erfassen lassen, wie viele Disziplinarverfahren aktuell noch offen sind.

Unsere **Kleine Anfrage Warten auf den Abschluss von 4200 Disziplinarverfahren gegen Lehrkräfte**

Qualifizierung befristet eingestellter Lehrkräfte ohne Lehramt

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM ERSTEN FEBRUAR-PLENUM

Frage des Abg. Christoph Degen:

„Welche Qualifizierung erhalten die befristet eingestellten Lehrkräfte ohne Lehramt, die im hessischen Schuldienst für maximal fünf Jahre beschäftigt sind?“

Antwort der Landesregierung:

[...] Bisher wurden befristet eingestellte TV-H- Kräfte in der Regel von den Schulleitungen in ihre Aufgaben eingewiesen. Gegebenenfalls wurden Unterrichtsbesuche durchgeführt. Die TV-H-Kräfte wurden von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen betreut, die auch Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt haben. Individuell wurde auch bereits in der Vergangenheit außerdem Zugang zu Fortbildungen gewährt. In den nächsten Jahren erwarten wir zur Überbrückung erhöhter Nachfrage aufgrund steigender Bedarfe mehr bzw. länger laufende Verträge, die wir im Sinne vorausschauenden Handelns deshalb durch Fortbildungen mit mehr Qualität versehen wollen. Mit dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer läuft derzeit zu diesem Thema ein Beteiligungsverfahren.

Darin geht es insbesondere zunächst um ein Fortbildungsangebot für befristet eingestellte TV-H- Kräfte ohne Lehramt, die im Förderschulbereich eingesetzt werden. Diese Beschäftigten [...] sollen zusätzlich qualifiziert werden. Die geplante Maßnahme umfasst sechs ganze Tage – drei pro Halbjahr –, vier Beratungsbesuche im Unterricht bzw. individuelle Beratungsgespräche pro Person, die von Ausbilderinnen und Ausbildern durchgeführt werden. [...]

Zusatzfrage des Abg. Degen:

„Herr Kultusminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass die genannten Maßnahmen, die Sie eben aufgezählt haben, ausschließlich für Förderschullehrkräfte gelten und dass für Lehrkräfte anderer Schulformen und anderer Lehrämter auf pädagogischer Seite keine Qualifizierungen mit den genannten Inhalten und etwa dazu, wie man Noten gibt, geplant sind?“

Antwort der Landesregierung:

Doch, ich habe eben nur die Maßnahme geschildert, die sich bereits im Beteiligungsverfahren mit dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer befindet, also sozusagen am weitesten fortgeschritten ist. Aus dieser Maßnahme [...] lassen sich freilich entsprechende Angebote auch für andere Standorte und Lehrämter ableiten. Dazu liegen bereits erste Konzeptideen im Ministerium vor. In der Tat möchten wir, dass z. B. jede Person, die vor einer Grundschulklasse steht [...] speziell geschult wird und auf grundlegende fachliche Inhalte zugreifen kann. In Planung ist daher auch eine Fortbildungsmaßnahme für TV-H-Kräfte ohne Lehramt, deren vorrangige Zielsetzung es ist, den Einstieg in den Unterricht durch eine Fortbildung gezielt zu erleichtern. Diese Fortbildung ist als kurzer Intensivkurs angelegt, dem die Teilnahme an anderen umfassenderen Fortbildungsmaßnahmen folgen kann. Die Umsetzung dieser Fortbildungsmaßnahme für TV-H-Kräfte ohne Lehramt soll ab dem kommenden Schuljahr, also 2019/20, erfolgen. Außerdem soll es eine Weiterbildungsmaßnahme für Personen ohne Lehramtsabschluss, aber mit einem universitären Abschluss geben, aus dem ein ableitbares Fach für die Grundschule hervorgeht.

(Ergänzung: Auf die Frage, ob Fortbildungsmaßnahmen verpflichtend für Personen ohne Lehramt werden sollen, kann der Kultusminister keine konkrete Antwort liefern.)

Reisekosten von Lehrkräften - Keine Eigenbeteiligung bei Klassenfahrten!

In der Vergangenheit mussten Lehrerinnen und Lehrer immer wieder erhebliche bei Exkursionen und Klassenfahrten entstandene Kosten selbst tragen. In Baden-Württemberg wurde Lehrkräften sogar nahegelegt, auf die Rückerstattung der entstandenen Kosten zu verzichten. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) bewertete dieses Vorgehen als unzulässig.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage versicherte die Hessische Landesregierung, dass eine Verzichtserklärung hier nur freiwillig möglich sei. Man habe die Entschädigungspauschale 2018 erhöht und überarbeite bestehende Regelungen. Ob der Pauschalbetrag letztendlich die Kosten decken kann, sei jedoch von der individuellen Kalkulation abhängig.

Salopp gesagt: Die Lehrkräfte sind laut Ministerium „selber schuld“, wenn ihnen das Geld nicht reicht.

Die SPD erachtet die Vollerstattung der entstanden Kosten als Selbstverständlichkeit. Wenn Lehrkräfte, trotz Pauschale, offensichtlich drauf legen, sollten Sie eine kostendeckende Erstattung einfordern. Es kann nicht sein, dass sie auf den entstandenen Mehrkosten sitzen bleiben.

Unsere **Kleine Anfrage** Reisekosten von Lehrkräften

Lehrkräfte mit Fluchtgeschichte fördern

In anderen Bundesländern besteht für Lehrerinnen und Lehrer, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten, die Möglichkeit, sich für eine Tätigkeit im Schuldienst zu qualifizieren.

Wir sehen in einem solchen Programm nicht nur eine Chance für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch für Schülerinnen und Schüler, die von den unterschiedlichen Biographien profitieren können.

Weitergehend ist diesen Lehrerinnen und Lehrern ein besonderer Zugang zu geflüchteten Schülerinnen und Schülern möglich. Ihnen können die Umstellung und die Integration in die Schulgemeinde auf diesem Weg erleichtert werden.

Unsere **Kleinen Anfrage** Förderung von Lehrkräften mit Fluchtgeschichte

Integration

Förderstruktur der Hausaufgabenhilfe

In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage von Oktober 2018 teilt die Landesregierung mit, dass das Verfahren zur Vergabe der Landesmittel für die Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die Träger erhalten, künftig transparenter gestaltet werden soll. Dazu sollten die Zuwendungen nach „objektiven Bemessungsgrößen neu verteilt werden“.

Land riskiert Zerstörung der vorhandenen Strukturen

Die Träger wurden gebeten, hierfür mögliche Kriterien zu entwickeln und Vorschläge zu unterbreiten. Man habe sich jedoch bislang unter den Trägern noch auf keinen gemeinsamen Vorschlag einigen können, so das Kultusministerium auf Nachfrage.

Wir sind der Auffassung: Die vorgesehene einheitliche Lösung kann nicht die Antwort auf völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen vor Ort sein. „Eine solche Umstrukturierung nach Gießkannenprinzip wird der Vielfalt der Träger nicht gerecht“, so Christoph Degen.

Die Zuwendungen für die Träger sind übrigens seit Jahren unverändert. Offenbar weiß man im Ministerium nicht einmal, wann die letzten Erhöhungen und Anpassungen stattgefunden haben.

Zu unserer **Kleinen Anfrage** Künftige Förderstruktur der Hausaufgabenhilfe in Hessen

Inklusive Schulbündnisse in Hessen

Inklusive Schulbündnisse (iSB) allein machen noch keine Inklusion. Wir brauchen vor allem mehr fachlich ausgebildete Förderpädagogen, um die Betreuungsrelation zu verbessern und Verlässlichkeit für Schulen zu schaffen.

Die zum Schuljahr 2016/17 durch schwarz-grün initiierten Bündnisse zielen darauf ab, vorhandene sonderpädagogische Lehrerstellen regional flexibler zwischen Förder- und Regelschulen aufzuteilen. Entsprechende Akteure werden dazu vernetzt. Unsere Initiative sollte zum einen darüber Aufschluss bringen, wo bereits iSB arbeiten oder sich im Aufbauprozess befinden und wie viele Schülerinnen und Schüler von dem Konzept profitieren. Zum anderen wollten wir wissen, nach welchen Kriterien die Stellen und Lehrkräftezuweisungen erfolgten und ob entsprechende Anpassungen stattfinden.

Zur sogenannten „dritten Tranche“, die sich derzeit in der Implementierung befindet, kann die Landesregierung leider noch keine Aussagen treffen.

Unsere Kleine Anfrage Inklusive Schulbündnisse in Hessen (Nachtrag aus der vergangenen Wahlperiode)

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM ZWEITEN FEBRUAR-PLENUM

Frage des Abg. Yüksel:

„Wann wird sie eine Verordnung zu den 2016 im Hessischen Schulgesetz verankerten inklusiven Schulbündnissen erlassen, um Aufgaben und Organisation der Schulbündnisse zu regeln?“

Antwort der Landesregierung:

„Die Verordnung zu den 2017 im Hessischen Schulgesetz verankerten inklusiven Schulbündnissen befindet sich derzeit im gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren und liegt dem Landeselternbeirat in einer ergänzenden Entwurfsfassung [...] vor. Der Ausgang dieses Beteiligungsverfahrens ist derzeit noch abzuwarten, sodass die Angabe eines genauen Termins für das Inkrafttreten dieser Verordnung noch nicht möglich ist.“

Konnexitätsausgleich - keine Einigung in Sicht

Der Ausschuss für Schule und Kultur des Hessischen Städtetags hatte Ende März 2017 festgestellt, dass durch eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes zum 1. August 2017 die Schul- und Jugendhilfeträger im Bereich der schulischen Inklusion erheblich finanziell belastet werden. Ein konnexitätsgerechter Ausgleich war jedoch nicht vorgesehen, da die Landesregierung in diesem Fall keine Konnexitätsrelevanz sieht.

Nachdem das Präsidium des Hessischen Städtetags beschloss, Klage einzureichen, vereinbarte die Landesregierung mit den Schulträgerkommunen eine jährliche Zahlung von 12 Millionen Euro, um einen Gerichtsprozess zu verhindern.

In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion, betonte die Landesregierung, dass man sich in der Frage der Konnexitätsrelevanz weiterhin uneinig sei.

Es handle sich bei den zwölf Millionen Euro lediglich um einen Vergleich, der dazu diene, den Konflikt zu schlichten, ohne in der eigentlichen Frage übereinzukommen. Die SPD-Fraktion fordert schon lange eine Beteiligung des Landes an den Kosten notwendiger Maßnahmen für die inklusive Beschulung.

Unsere Kleine Anfrage Konnexitätsausgleich für Änderungen im Schulgesetz (Nachtrag aus der vergangenen Wahlperiode)

Die „Neue“ des AK Kultus stellt sich vor

2017 bist Du für Timon Gremmels in den Landtag nachgerückt und hast deswegen zunächst seinen Platz im Umweltbereich eingenommen. Was hat Dich zum Wechsel in den Bereich Bildung bewegt?

Das Thema Bildung hat mich schon mein ganzes Leben interessiert: in meiner Schulzeit, während der Ausbildung, im späteren Berufsleben und jetzt mit meinen beiden Kindern. In meinem Leben hat es einen sehr hohen Stellenwert, so dass die logische Konsequenz für mich war, in den Bereich Bildung / Kultur zu wechseln.

Was gefällt dir an dem Themenbereich besonders gut?

Das Thema Bildung hat verschiedene „Facetten“. Eine „Gute Bildung von Anfang an“ stellt aus meiner Sicht die Weichen für den Eintritt unserer Kinder in das spätere Erwerbsleben. Darüber hinaus ist es ein originäres und wichtiges Landesthema.

Allgemein gefragt: Wo siehst du den größten Handlungsbedarf in der hessischen Bildungspolitik? Welche Kriterien muss die „ideale Schule“ für dich erfüllen?

Ich sehe den größten Handlungsbedarf im Bereich der Ganztagschulen. Wer für sein Kind in der Kindertagesstätte bereits einen Betreuungsbedarf über den Mittag hinaus hat, behält diesen selbstverständlich auch, wenn das Kind eingeschult wird. Dies sollte jedoch nicht in einer Aufbewahrungsstätte sein und schon gar nicht auf dem Rücken der Kommunen als sogenannte „freiwillige Leistungen“ ausgetragen werden. Wir müssen die Ganztagschule von morgen neu denken und viele verschiedene Akteure in die Planungen mit einbinden.

Die „ideale Schule“ aus meiner und der Sicht ganz vieler Eltern sieht so aus: Sie unterrichtet, bietet Lernzeiten, ein warmes Mittagessen und ein gutes und bedarfsgerechtes Angebot an anderen Aktivitäten. Ferienangebote müssen ebenso selbstverständlich sein wie die Kooperation mit den Kommunen.

Welchen Themenschwerpunkten wirst du dich in dieser Legislaturperiode besonders widmen?

Meine Themenschwerpunkte werden in den nächsten fünf Jahren in den Bereichen Frühkindliche Bildung und Grundschule mit Lesen, Spracherwerb und Rechnen sowie dem Thema Schreiben nach Gehör (was es angeblich laut Kultusminister Prof. Lorz gar nicht gibt) liegen. Darüber hinaus werden die Berufsorientierung in den weiterführenden Schulen und die beruflichen Schulen wichtige Themen für mich sein.

Du hast vor deinem Einzug in den Landtag sowohl bei der Agentur für Arbeit als auch für das Jobcenter der Stadt Kassel gearbeitet. Inwiefern haben dich deine Erfahrungen dort geprägt?

In meinem vorherigen Berufsleben habe ich gemeinsam mit meinen Kunden nach einem passenden Beruf geschaut

oder entsprechende Alternativen entwickelt, wenn es mit dem „Erstwunsch“ aus vielfältigen Gründen nicht funktioniert hat. Dabei habe ich stetig auf einen Abschluss mit noch so kleinen Qualifikationen gesetzt. Dadurch habe ich immer wieder erlebt, dass sich Kunden über ein Zertifikat in der Hand sehr freuen, da sie damit am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilhaben können.

Stichwort Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung: Viele Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder Abitur machen und danach ein Hochschulstudium absolvieren. Berufliche Bildung bleibt häufig nur die zweite Wahl. Wie gelingt es, Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern mehr für die berufliche Bildung zu gewinnen und deren Ruf aufzuwerten? ->

MANUELA STRUBE



39 Jahre jung,
verheiratet, 2 Kinder im Alter von 3 und 9 Jahren,
seit dem 01.11.2017 gehört sie als Abgeordnete dem Hessischen Landtag an und vertritt dort die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis Kassel-Land II.

Werdegang:

09/96 – 06/99 nach der Mittleren Reife Ausbildung zur Fachangestellte für Arbeitsförderung

07/99 – 10/17 verschiedene Tätigkeiten innerhalb der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter der Stadt Kassel

2011 – 2012 Fortbildung zur Fallmanagerin in der Beschäftigungsförderung

Ihre Freizeit verbringt sie mit ihrer Familie im schönen Tierpark Sababurg, liest gerne Krimis von Matthias P. Gibert oder schaut einen Tatort.

Klicken Sie [hier](#) für mehr Information.

Wir müssen bei den Eltern im Kopf ein Umdenken herbeiführen und den Schülerinnen und Schülern mehr Möglichkeiten bieten, in verschiedene Berufe „hineinschnuppern“ zu können. Daher ist das Thema Berufsorientierung ein sehr wichtiger Bestandteil meiner jetzigen Arbeit.

Als Mutter zweier kleiner Kinder ist die frühkindliche Bildung für dich nicht nur beruflich, sondern auch privat von Relevanz. Welche Themen sind dir hierbei besonders wichtig? Wie gut lassen sich Familie und Beruf bislang vereinfachen?

Mit der frühkindlichen Bildung werden die Grundsteine für das spätere Leben gelegt.

Ich habe aus Überzeugung beide Kinder bereits ab dem

1. Lebensjahr in einer U3-Kindertagesstätte angemeldet und festgestellt, dass sich eine gute Frühkindliche Bildung im Sozial- und Arbeitsverhalten der Kinder äußerst positiv widerspiegelt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Hessen leider nur ganz unterschiedlich möglich und hängt oftmals von der Leistungskraft der Kommunen ab. Dies darf nicht sein! Wir brauchen für alle Eltern und insbesondere unsere Kinder in ganz Hessen ein ausreichendes, gleichwertiges Angebot!

Dein Motto?

**„EINMISCHEN
STATT ZUSCHAUEN“**

Im Gespräch mit...

ARBEITERKIND.DE

Warum studieren? Was studieren? Wie finanzieren?

Wer als Erste/r in der Familie studieren möchte, braucht ein bisschen mehr Mut, Zuversicht und Unterstützung bei allen Fragen rund um den Studieneinstieg. Mit kostenlosen Informationsveranstaltungen für Schulklassen möchte die gGmbH ArbeiterKind.de Schülerinnen und Schüler zum Studium ermutigen. Christoph Degen hat Vertreterinnen von ArbeiterKind in Gießen besucht und sich im persönlichen Gespräch über ihre Arbeit informiert.

Mehr Information zu Arbeiterkind.de für Schulen finden Sie [hier](#). Bei Interesse an einer Infoveranstaltung sprechen Sie direkt die lokale ArbeiterKind.de-Gruppe in ihrer Nähe an oder wenden sich erst per E-Mail an die ArbeiterKind.de [Bundeslandkoordination](#).



Christoph Degen mit Yvonne Gajer und Anna Spengler von Arbeiterkind in Gießen

DEM NEUEN VORSTAND DER LANDESSCHÜLERVERTRETUNG (LSV)



v.l.n.r.: Lou-Marleen Appuhn, Turgut Yüksel, Alexandra von Müller, Johannes Strehler, Christoph Degen, Karin Hartmann

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen? Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Lisa Henties
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga

Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach / SPD-Fraktion